

07.494

**Parlamentarische Initiative
FK-NR.
Parlamentarisches Instrumentarium
zu den strategischen Zielen
der verselbstständigten Einheiten
Initiative parlementaire
CdF-CN.
Instrument parlementaire
concernant les buts stratégiques
des unités indépendantes**

Schlussabstimmung – Vote final

Einreichungsdatum 07.09.07

Date de dépôt 07.09.07

Bericht FK-NR 29.03.10 (BBI 2010 3377)

Rapport CdF-CN 29.03.10 (FF 2010 3057)

Stellungnahme des Bundesrates 19.05.10 (BBI 2010 3413)

Avis du Conseil fédéral 19.05.10 (FF 2010 3095)

Nationalrat/Conseil national 03.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 15.09.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 13.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 17.12.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 17.12.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBI 2010 8967)

Texte de l'acte législatif (FF 2010 8211)

Bundesgesetz über die Mitwirkung der Bundesversammlung bei der Steuerung der verselbstständigten Einheiten

Loi fédérale relative à la participation de l'Assemblée fédérale au pilotage des entités devenues autonomes

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 07.494/4951)

Für Annahme des Entwurfes ... 191 Stimmen

(Einstimmigkeit)

08.069

**BVG. Finanzierung
öffentlich-rechtlicher
Vorsorgeeinrichtungen
LPP. Financement
des institutions
de prévoyance de droit public**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 19.09.08 (BBI 2008 8411)

Message du Conseil fédéral 19.09.08 (FF 2008 7619)

Ständerat/Conseil des Etats 03.03.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 15.09.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 02.12.10 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 06.12.10 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 17.12.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 17.12.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBI 2010 8979)

Texte de l'acte législatif (FF 2010 8223)

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften)

Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (Financement des institutions de prévoyance de corporations de droit public)

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 08.069/4952)

Für Annahme des Entwurfes ... 141 Stimmen

Dagegen ... 49 Stimmen

08.421

**Parlamentarische Initiative
Heer Alfred.
Strassenverkehrsgesetz.
Anderung
Initiative parlementaire
Heer Alfred.
Modifier la loi fédérale
sur la circulation routière**

Schlussabstimmung – Vote final

Einreichungsdatum 20.03.08

Date de dépôt 20.03.08

Bericht KVF-NR 22.04.10 (BBI 2010 3917)

Rapport CTT-CN 22.04.10 (FF 2010 3579)

Stellungnahme des Bundesrates 26.05.10 (BBI 2010 3927)

Avis du Conseil fédéral 26.05.10 (FF 2010 3589)

Nationalrat/Conseil national 22.09.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 30.11.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 17.12.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 17.12.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBI 2010 8977)

Texte de l'acte législatif (FF 2010 8221)

**Strassenverkehrsgesetz
Loi fédérale sur la circulation routière**

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 08.421/4953)

Für Annahme des Entwurfes ... 191 Stimmen

(Einstimmigkeit)

09.049

**Postgesetz
Loi sur la poste**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 20.05.09 (BBI 2009 5181)

Message du Conseil fédéral 20.05.09 (FF 2009 4649)

Ständerat/Conseil des Etats 01.12.09 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 01.12.09 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 23.09.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 23.09.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 29.09.10 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 30.11.10 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 07.12.10 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 14.12.10 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 17.12.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 17.12.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBI 2010 8997)

Texte de l'acte législatif (FF 2010 8241)

Schenk Simon (V, BE): Die SVP-Fraktion ist in Sachen Postgesetzgebung nicht geschlossen; eine hoffentlich möglichst grosse Mehrheit unserer Fraktion wird jedoch den beiden Vorlagen zustimmen.

Wir wollen der Post Rahmenbedingungen geben, damit sie ihre Dienstleistungen auch in Zukunft erfolgreich erbringen kann. Von einer gesunden und konkurrenzfähigen Post profitieren wir alle – nicht zuletzt auch die Bundesfinanzen. Im Postgesetz soll die Post den gesetzlichen Rahmen bekommen, damit sie ihre Dienstleistungen im bisherigen Rahmen weiterführen kann und gewappnet ist, um den neuen Anforderungen an ein modernes Unternehmen gerecht zu werden. Ausserdem ist es ganz im Sinn der SVP-Fraktion, dass im Postorganisationsgesetz der Verzicht auf eine Postbank festgeschrieben und Postfinance unter die Kontrolle der Finma gestellt wird. Die SVP-Fraktion hätte im Postgesetz eigentlich, wie es der Bundesrat ursprünglich vorgeschlagen hatte, auch das Restmonopol für Briefe bis 50 Gramm aufheben wollen. So, wie der Entwurf zum Postgesetz jetzt für die Schlussabstimmung vorliegt, ist dieser letzte Liberalisierungsschritt aber nur noch in Form eines sogenannten Evaluationsauftrages an den Bundesrat, zu erfüllen bis spätestens in drei Jahren, enthalten. Insbesondere diese Tatsache bringt einen Teil der SVP-Fraktion dazu, zum Entwurf zum Postgesetz Nein zu sagen. Dass sich die Post jedoch als Aktiengesellschaft – mit Bundesmehrheit, wohlverstanden – organisieren kann, ist absolut zeitgemäss und vernünftig. Mit einem Nein zum Postorganisationsgesetz würde es der Post verunmöglicht, das Personal neu gemäss Obligationenrecht anzustellen, und Postfinance – immerhin mit vielen Kundengeldern – könnte nicht der Kontrolle der Finma unterstellt werden. Das wäre alles andere als wirtschaftsfreundlich. Deshalb appelliere ich hier noch einmal an alle, die auch in Zukunft eine marktfähige und gesunde Post wünschen, dem Entwurf zum Postorganisationsgesetz zuzustimmen. Dass die Ratslinke die Vorlage ablehnt, überrascht nicht unbedingt. Aber dass auch bürgerliche Kreise der Post eine Rechtsform, wie sie SBB, Swisscom und Skyguide längst haben, verweigern, dafür habe ich kein Verständnis. Insgesamt sind die beiden Gesetzesentwürfe so, wie sie jetzt vorliegen, ein Kompromiss und stellen einen gangbaren Weg dar. Ich bitte Sie im Namen der Mehrheit der SVP-Fraktion, beiden Gesetzesentwürfen zuzustimmen.

Huber Gabi (RL, UR): Die FDP-Liberale Fraktion ist der Auffassung, dass das Ziel jeder Gesetzesrevision eine Verbesserung der geltenden Rechtslage sein soll. Darum haben wir uns erstens für die Liberalisierung des Postmarktes und zweitens für mehr unternehmerische Freiheiten der Post eingesetzt. Gleichzeitig haben wir von Beginn an klargemacht, dass mehr unternehmerische Freiheit nur mit der Markttöffnung als Gegenzug Sinn macht.

Das Resultat dieser Gesetzesrevision ist nun aber, dass die Stellung der Post künstlich gestärkt wird, ohne dass die Monopolstellung korrigiert wird. Die Post erhält zum Nulltarif mehr Freiheit. Konsumenten und Wirtschaft gehen leer aus. Kaum war das Monopol im Erstrat zementiert, plante die Post auf den nächsten Frühling einen Preisaufschlag für Geschäftskunden. Obwohl alle wissen, dass die Menge der adressierten Briefe jährlich schrumpft und die Mitteilungen in elektronische Kanäle abwandern, wird die Reformbremse gezogen. Bürgerliche Politiker haben innerhalb eines Jahres eine Kehrtwende um 180 Grad vollzogen und diese damit begründet, das verbleibende Briefmonopol garantiere die Grundversorgung. Man will jetzt, bildlich ausgedrückt, mit der Pferdepostkutsche in die Zukunft fahren.

Auch die FDP-Liberale Fraktion will eine qualitativ hochstehende Grundversorgung mit Postdienstleistungen in der ganzen Schweiz zu fairen Preisen. Die Ablehnung der Markttöffnung verhindert, erschwert und verteuert aber genau dies. Es ist fatal zu meinen, der Status quo sei garantiert. Reformen sollte man dann angehen, wenn die Ausgangslage dafür gut ist, und nicht erst in einer Notlage.

Der Bundesrat und die heute noch gut aufgestellte Post selbst haben dies erkannt. Mit der Ablehnung eines verbindlichen Liberalisierungsplans werden die notwendigen Reformen auf die lange Bank geschoben und die Konsumenten auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertröstet. Das bedeutet im Klartext: weiterhin starre und kurze Öffnungszeiten, hohe

Preise und keine Chance für neue Arbeitsplätze. Wer hat daran ein Interesse? Sicher nicht die Bevölkerung, die von einem stärkeren Wettbewerb profitieren würde. Dies haben bisherige Erfahrungen gezeigt. Zurückstecken müssen ausserdem potenzielle Konkurrenzunternehmen, die in unserem Land Arbeitsplätze schaffen möchten, dies aber nicht tun dürfen. Diese kurzfristige Gesetzgebung erzeugt den Unmut unserer Fraktion. Diesen Unmut werden wir bei beiden Gesetzesentwürfen mit Ablehnungen und Enthaltungen zum Ausdruck bringen.

Levrat Christian (S, FR): Le groupe socialiste va accepter la loi sur la poste et rejeter la loi sur l'organisation de la Poste. Ces deux textes sont nés de la volonté pour l'un de libéraliser le marché postal, pour l'autre de privatiser au moins partiellement la Poste. Nous avons su faire échec au cours des débats à la libéralisation. Mais une majorité de ce conseil est parvenue à imposer une privatisation partielle de la Poste et de Postfinance, ainsi qu'une péjoration nette des conditions de travail. Il s'impose pour nous dès lors de tirer un bilan détaillé de ces deux textes et de les traiter de manière différenciée. La loi sur la poste prévoit une nouvelle organisation du marché, un renforcement des autorités de régulation, une définition plus précise du service universel. Elle soumet les prestataires de services express et les coursiers aux règles de la branche, notamment à l'obligation nouvelle de négocier une convention collective de travail. Le groupe socialiste est entré en matière sur ce texte. Il s'est battu avec succès pour empêcher la libéralisation du marché. Il a su convaincre une majorité qu'une ouverture du marché postal entraînerait une augmentation des tarifs pour les privés et une péjoration des prestations, en particulier dans les régions périphériques. Le refus de la libéralisation constitue une victoire politique claire des défenseurs du service public. Nous pouvons dès lors aujourd'hui approuver ce texte, convaincus d'avoir contribué à préserver un service public de qualité, tout en modernisant le cadre légal dans lequel évolue le marché postal.

Il en va tout autrement de la loi sur l'organisation de la Poste, qui ne traite pas du marché, mais de l'entreprise. Elle vise à transformer la Poste en société anonyme. Postfinance également devrait être transformée en SA, et c'est là le point le plus problématique de la révision à laquelle nous sommes confrontés, la Poste étant tout simplement contrainte de conserver la majorité des voix et des actions – une simple majorité – au sein de Postfinance.

Il faut craindre à moyen terme une ouverture du capital de Postfinance à des tiers compte tenu d'une part de la rentabilité de ce secteur de l'entreprise et d'autre part des exigences de la FINMA en matière de fonds propres. Cette ouverture partielle du capital de Postfinance affaiblira le financement du service postal universel, garanti aujourd'hui largement par un subventionnement croisé.

En matière de droit du personnel, la loi prévoit de remplacer l'obligation de conclure une convention collective de travail par une simple obligation de négocier une telle convention pour les quelque 50 000 salariés de l'entreprise. Et la loi sur la durée du travail sera dorénavant appliquée à tout le personnel de production en lieu et place de la loi sur le travail.

Le groupe socialiste a refusé d'entrer en matière sur ce projet. Il a fait des propositions d'amendement de manière à améliorer ce texte tout au long des débats. Le groupe socialiste a systématiquement été minorisé dans ces débats, notamment par les représentants d'Economiesuisse, par les libéraux-radicaux et par les autres représentants des groupes bourgeois. Le groupe socialiste a fini au vote sur l'ensemble par rejeter ce projet et nous le rejetterons aujourd'hui au vote final. Indépendamment du sort de cette révision de la loi sur l'organisation de la Poste, nous considérons toutefois que Postfinance doit être soumise à la FINMA. Si la loi devait être rejetée, nous déposerions aujourd'hui une intervention parlementaire dans ce sens.

En conclusion, laissez-moi évoquer le bilan politique de cette opération. Nous avons d'un côté, sur le marché postal, des débats qui se sont déroulés de manière pragmatique, avec une recherche constructive de solutions communes. Le projet a été amélioré au fil des débats, et il obtiendrait sans

aucun doute une majorité en cas de votation populaire. Dans l'autre cas, nous avons assisté à une démonstration de force politique et idéologique d'Economiesuisse et de ses représentants. Les propositions du groupe socialiste en faveur du service public et des salariés ont été systématiquement rejetées au profit d'une vision strictement dogmatique de l'évolution de l'entreprise postale. Le résultat est grossièrement insatisfaisant. Si cette loi était rejetée lors du vote final, ce serait tant mieux!

Häberli-Koller Brigitte (CEg, TG): Die Post hat für die schweizerische Bevölkerung eine grosse Bedeutung, neben den täglichen praktischen Dienstleistungen auch als Symbol für eine qualitativ gute Versorgung unseres ganzen Landes.

Die CVP/EVP/glp-Fraktion setzt sich für einen starken Service public ein. Für unsere Fraktion besteht heute kein Handlungsbedarf, die vollständige Marktöffnung bei der Post zu beschliessen. Aus diesem Grund haben wir uns dagegen ausgesprochen. Es ist jedoch sinnvoll, die bereits früher beschlossene Teilöffnung in den nächsten drei Jahren auf der Grundlage eines Berichtes des Bundesrates zu beurteilen. Die vorliegende Revision des Postgesetzes bringt wichtige Änderungen, die für einen starken Service public sorgen und gute Postdienstleistungen in allen Landesteilen garantieren. Sie bringt auch eine wichtige Förderung für die Regional- und Lokalpresse beziehungsweise für die Mitgliedschafts- und Stiftungspreise.

Mit dem Postorganisationsgesetz erhält die schweizerische Post zudem die notwendigen gesetzlichen Grundlagen, um sich den vielseitigen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu stellen. Einerseits gewährt ihr die Rechtsform der Aktiengesellschaft die erforderliche unternehmerische Flexibilität, andererseits garantiert die Verankerung der Bundesbeteiligung und der Eignerstrategie eine ausreichende Steuerung durch den Bund als Eigner und als Gewährleister der Aufgabenerfüllung.

Diejenigen, die diese Vorlagen ablehnen, tragen die Verantwortung für eine Schwächung der schweizerischen Post. Sie entziehen der Post die Rechtsgrundlagen für ein effizientes Funktionieren in einem sich stetig wandelnden Markt. Mit dem Postorganisationsgesetz gibt es neu eine Aufsicht über die Postfinance, welche Vermögen von 70 Milliarden Franken verwaltet. Der Bund haftet für dieses Geld. Jene, welche während der Finanzkrise mehr Aufsicht über die Banken gefordert haben, sollten konsequenterweise diesem Gesetz zustimmen.

Die CVP/EVP/glp-Fraktion sagt Ja zu einer starken Post und Ja zu einer starken Grundversorgung und wird diesen Vorlagen zustimmen.

Lachenmeier-Thüring Anita (G, BS): Die grüne Fraktion stimmt dem Entwurf zum Postgesetz zu, jedoch mit wenig Begeisterung. Die vollständige Marktöffnung konnte zwar verhindert werden, doch wird der Bundesrat zugleich verpflichtet, in drei Jahren die Aufhebung des 50-Gramm-Monopols nochmals zur Diskussion zu stellen. Eine vollständige Marktöffnung werden wir auch in drei Jahren ablehnen. Das 50-Gramm-Monopol garantiert die Finanzierung der Grundversorgung, garantiert einen starken Service public in allen Landesteilen und ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Den Entwurf zum Postorganisationsgesetz lehnen die Grünen ab. Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft macht nur Sinn, wenn man eine Privatisierung anstrebt, und dagegen wehren wir uns.

Wir sagen also Ja zum Entwurf zum Postgesetz, aber Nein zum Entwurf zum Postorganisationsgesetz.

Gadient Brigitta M. (BD, GR): Die Post ist als Anbieterin von Postdiensten und von Dienstleistungen im Zahlungsverkehr sowie im Personentransport eines der grössten Unternehmen der Schweiz. Ihre volkswirtschaftliche Bedeutung als Grundversorgerin und als Arbeitgeberin ist unbestritten gross. Sie ist auf unterschiedlichen, sich rasch wandelnden Märkten tätig, welche von einer stetigen Intensivierung des Wettbewerbs geprägt sind. Die BDP ist überzeugt, dass die

eidgenössischen Räte da eine grosse Verantwortung wahrzunehmen haben.

Reformen sind heute nötig, damit die Post ihre wichtigen Aufgaben auch in Zukunft optimal wahrnehmen kann. Reformen dürfen aber nicht so weit gehen, dass die Stellung der Post als Garantin einer ausreichenden und preiswerten Grundversorgung in allen Landesteilen infrage gestellt wird. Eine sofortige und vollständige Liberalisierung würde den Kunden und vor allem den Randregionen in unserem Land Nachteile bringen.

Die BDP unterstützt deshalb ganz klar das von beiden Räten beschlossene Vorgehen: Am Restmonopol für Briefe bis 50 Gramm soll festgehalten werden, um eine landesweite Grundversorgung und eine Bedienung aller Siedlungen zu denselben Preisen zu ermöglichen. Drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes soll der Bundesrat dem Parlament einen Bericht über die Entwicklung der Post im In- und Ausland sowie Vorschläge über das weitere Vorgehen unterbreiten.

Es ist notwendig, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen der heutigen Zeit angepasst werden. Die Umwandlung der Post in eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen ist dabei eine wichtige Neuerung, die nötig ist, um der Post mehr Handlungsspielraum und Innovationsmöglichkeiten zu geben. Nach Auffassung der BDP gibt es auch keinen Grund, die Post anders zu behandeln als die SBB und die Swisscom.

Wir alle sind auf eine gut funktionierende Post angewiesen. Die BDP-Fraktion ist überzeugt, dass wir mit den vorliegenden Revisionen auf dem richtigen Weg sind. Sie wird ihnen zustimmen.

Postgesetz Loi sur la poste

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 09.049/4954)

Für Annahme des Entwurfes ... 154 Stimmen

Dagegen ... 24 Stimmen

09.050

Organisation der Schweizerischen Post. Bundesgesetz

Organisation de la Poste suisse. Loi fédérale

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 20.05.09 (BBl 2009 5265)

Message du Conseil fédéral 20.05.09 (FF 2009 4731)

Ständerat/Conseil des Etats 01.12.09 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 07.12.09 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 23.09.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 29.09.10 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 30.11.10 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 07.12.10 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 17.12.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 17.12.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBl 2010 9013)

Texte de l'acte législatif (FF 2010 8257)

Bundesgesetz über die Organisation der Schweizerischen Post

Loi fédérale sur l'organisation de la Poste suisse

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 09.050/4955)

Für Annahme des Entwurfes ... 100 Stimmen

Dagegen ... 75 Stimmen